

NÖN.at

Quelle: NÖN.at

Adresse: <https://www.noen.at/wr-neustadt/wiener-neustadt-verhandlungen-um-gehaltszulage-nix-ist-halt-wenig-sparkurs-stadtfinanzen-26168845>

Datum: 24.10.2016, 16:41

★ **Wiener Neustadt**🕒 Erstellt am 25. Oktober 2016, 06:25
von **Josef Kleinrath****Wiener Neustadt**

Verhandlungen um Gehaltszulage: „Nix ist halt wenig!“

Vorige Woche trafen sich Personalvertretung und Stadt vor Gericht – nun wird vorerst außergerichtlich weiter geredet.



Rechtsanwalt Anton Ehm und Personalvertretungs-Chef Christian Storfa nach der Gerichtsverhandlung. Sie wollen weitere Gespräche führen. | 📷 Josef Kleinrath

Es ist ein Teil des umfangreichen Sanierungsprogramms für die maroden Stadtfinanzen von Wiener Neustadt: Die Kürzung der vorhandenen Gehaltszulagen von fünf auf ein Prozent. Was in Summe rund eine Million Euro pro Jahr ausmacht. Die Personalvertretung hat gegen die Kürzung den Klagsweg beschritten.

Nach der ersten Verhandlung wurden weitere Gespräche geführt. Bislang ergebnislos, deshalb war ein weiterer Gerichtstermin notwendig.

Fronten klar, aber nicht verhärtet

Vor Richterin Martina Schober trafen Personalvertretungs-Chef Christian Storfa und sein Anwalt Anton Ehm auf der einen Seite nun auf ÖVP-Finanzstadtrat Vizebürgermeister Christian Stocker mit Anwalt Stefan Kühtheubl auf der anderen Seite aufeinander. Die Fronten: keineswegs verhärtet, aber klar.

Die Personalvertretung hätte vorgeschlagen, zu akzeptieren, dass die Kürzung der Gehaltszulage auf ein Prozent bis Mitte 2017 in Kauf genommen werde, ab dann allerdings wieder in der früheren Form all jenen, die sie davor bezogen hatten, ausbezahlt wird. Die Stadt hingegen hätte bis zur Verhandlung keinen Vorschlag abgegeben, so Betriebsratsanwalt Ehm, der in Richtung Stocker meinte: „Nix ist schon wenig.“

„Wollen Freisetzungen bei Personal vermeiden“

Stocker bekräftigte vor Gericht neuerlich, dass das Sanierungsprogramm ohne diese Einsparungstangente beim Personal nicht von Erfolg gekrönt sein könnte. Und er betonte: „Wir wollen mit dieser Maßnahme die Freisetzung von Personal vermeiden.“

Wenn die Stadt Gefahr laufe, diesen Prozess zu verlieren – was er nicht glaube – müsse er Vorsorge treffen, das Einsparungsziel auf anderem Wege zu erreichen. Und das gehe nur mit Kündigungen: „Das bedeutet dann, dass die Mitarbeiter für die Gehaltszulage auch mehr arbeiten müssen.“ Außerdem sei es dann nötig, sofort mit den Freisetzungen zu beginnen.

„Müssen Sparmaßnahmen bis 2021 weiterführen“

Allerdings hatte die Stadt vor Gericht dann doch einen neuen Vorschlag im Gepäck: Es wurde eine neue Voranschlagsstelle mit der Bezeichnung Verstärkungsmittel im Budget vorgesehen. Diese soll mit zu erwartenden Überschüssen aus dem Budgetvollzug dotiert und dem Personal zur Verfügung gestellt werden.

Stocker konnte sich vor Gericht etwa 150.000 Euro pro Jahr vorstellen. Was allerdings erst zwischen dem Bürgermeister und der Personalvertretung ausverhandelt werden müsse, so Stocker. Ausverhandelt werden müsse auch, wie die Mittel dann für das Personal verwendet werde – entweder als Prämie oder über Karriereförderungsmaßnahmen.

Stocker bekräftigte nur neuerlich, dass es um die Finanzen der Stadt nicht gut bestellt sei, was eine über die ursprünglich geplante befristete Kürzung im Personalbereich zur Folge habe: „Wir müssen diese Sparmaßnahmen einmal bis 2021 weiterführen und können sie nicht 2018 auslaufen lassen.“

Vereinbart wurde jedenfalls, dass Personalvertretung und Stadt über ihre Anwälte neuerlich versuchen, über den Punkt „Verstärkungsmittel“ eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Die nächste Verhandlung ist für Jänner 2017 angesetzt. Dazu versichert Stocker nachdrücklich vor Gericht: „So lange wir verhandeln, wird niemand freigesetzt.“